

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Gründung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrieb:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 75 Hg. monatlich, M. 2.25 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtlohn. M. 3.50 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Briefträger. — Bezugsbedingungen nehmen außer dem obigen: in Wiesbaden die Postämter, in anderen Orten die Buchhandlungen, in allen Teilen der Stadt: in Wiesbaden die hiesigen Buchhandlungen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Hg. für ständige Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Hg. in besonderen abweichenden Spaltenführungen, sowie für alle übrigen ständigen Anzeigen; 30 Hg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Hg. für ständige Werbeflächen; 2 Hg. für auswärtige Werbeflächen. — Bei Wiederholungs-Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entfällt der Nachschlag.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Verliner Schriftleitung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lüchow 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 7. Januar 1916.

Abend-Ausgabe.

Nr. 10. - 64. Jahrgang.

Die verhafteten Konsuln in Freiheit gesetzt!

Der Krieg.

Der Tagesbericht vom 7. Januar.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 7. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Kirchhof, nördlich von Czartorysk, in dem sich gestern eine russische Abteilung festgesetzt hatte, wurde der Feind heute nacht wieder vertrieben.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Die heutige Kriegslage.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 7. Jan. (Eig. Meldung. Jenz. Bln.) Im Westen scheinen die Franzosen zu einer neuen Taktik überzugehen zu wollen. Sie haben mit einer sehr lebhaften Artillerietätigkeit fast entlang der ganzen Front begonnen. Wenn sie hoffen, uns artilleristisch niederzukämpfen und unsere verbleibenden Linien vernichten zu können, täuschen sie sich. Auch sind unsere Verluste verhältnismäßig gering. Jedenfalls steht die von den Franzosen erzielte Wirkung in keinem Verhältnis zu der massiven Munitionsverwendung.

Im Osten nichts von Bedeutung. Bei Czartorysk Vorpostengefächte. Über die Kämpfe in der Bukowina erfahren wir, daß nur während der ersten Tage von den russischen Massenangriffen gesprochen werden konnte, die sich dann in Einzelgefechte auflösten, nachdem der Feind furchtbare Verluste erlitten hatte und nicht vorwärts gekommen war. Zwei Tage lang herrschte fast völlige Ruhe, doch heute früh setzt erneut bei dem schon oft genannten Bukacz ein russischer Angriff ein; zurzeit läßt sich noch nicht übersehen, ob abermals eine Offensive beginnen soll oder ob sich wieder ein einzelner Angriff abspielt.

Vom Balkan keine deutschen Meldungen. Der österreichisch-ungarische Hauptbericht wird und heute vom Fortgang der wieder aufgenommenen Offensive in Montenegro unterrichtet.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Die Mitteilung von der Freilassung der Konsuln in Athen überreicht.

W.T.B. Mailand, 7. Jan. (Nichtamtlich. Drohtbericht.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefanie“ berichtet „Giornale d'Italia“ aus Athen: Die Gesandten des Vierverbundes haben der griechischen Regierung mitgeteilt, daß die in Saloniki verhafteten Konsuln in Freiheit gesetzt worden seien.

General Sarraills Antwort auf den Protest des griechischen Präfecten.

Br. Budapest, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln. L.-U.) Der Spezialberichterstatter des „Ug. Hg.“ telegraphiert aus Saloniki: General Sarraill antwortete heute auf den Protest des Präfecten von Saloniki wegen der Verhaftung der fremden Konsuln. In der Antwort wird erklärt, die Verhaftung der Konsuln sei eine militärische Notwendigkeit gewesen im Interesse der Sicherheit der in Griechisch-Mazedonien befindlichen Truppen.

Die Konsulatsgebäude als Ententekasernen!

Br. Bukarest, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln. L.-U.) Wie das hiesige englische Telegraphen-Bureau meldet, wurden die Amtsgebäude der in Saloniki verhafteten Konsuln zu Ententekasernen eingerichtet. Der Berichterstatter der L.-U. äußert hierzu von beinformierter Seite, daß die griechische Regierung auch in dieser Angelegenheit Aufklärung von den Ententeregierungen verlangte.

Reuter über die schwierige Lage der griechischen Regierung.

Br. Haag, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Reuter meldet aus Athen: Die Lage der Regierung ist schwierig, da der Einspruch des Vierverbundes Griechenland für die Verhaftung der Konsuln verantwortlich gemacht hat. Die Presse bringt längere Ausführungen über die Entfernung der griechischen Behörden in Saloniki, die von dem Kommandanten der Verbündeten als wünschenswert bezeichnet worden sei, falls es binnen kurzem zu Kämpfen kommen sollte.

Frankreich zu einem Anleihe-Vorschuß an Griechenland bereit!

W.T.B. Paris, 7. Jan. (Nichtamtlich.) Agence Havas meldet aus Athen: Die französische Regierung hat die griechische Regierung benachrichtigt, daß sie ihr 10 Millionen Franken als Vorschuß auf die Anleihe zur Verfügung habe, über die augenblicklich verhandelt wird.

Frankzösische Klagen über die englische Kriegsführung.

Nicht Hilfe für Serbien, sondern die Rettung Ägyptens der Hauptzweck des Balkanunternehmens.

Die französische Zeitschrift „Nouvelles des Deux Mondes“ veröffentlicht einen Artikel ihres Mitarbeiters Charnes über die Balkanexpedition. Darin heißt es u. a.: „Die Truppen, welche England zur Hilfeleistung gegen Serbien versprochen, waren im richtigen Augenblick nicht zur Stelle. General Sarraill tat jedoch, was er konnte, aber seine Kräfte genühten nicht, um Serbiens Schicksal zu wenden. Der erste Teil des Feldzuges hat sein Ziel nicht erreicht. Was ist jetzt zu tun? Was werden unsere Verbündeten, vor allem die Engländer, tun? In einem gewissen Tage sagte in England ein gewisser Minister, daß unsere Verbündeten, die Serben zu retten, zu spät kämen, und daß alles, was bereits geschehen sei, unüberbringlich verloren wäre. Eine derartige Sprache hätten wir eher aus Berlin als aus London erwartet. Am nächsten Tage sprachen jedoch die englischen Minister anders. Einige hatten plötzlich die größten Sympathien für Serbien und erklärten laut, daß die Wiederherstellung dieses Landes der Hauptzweck des Balkanfeldzuges sei. Die Engländer hätten dann, ihrer Gewohnheit entsprechend, wieder einen Schritt nach vorn und zwei nach hinten getan. Auch mußte die französische Regierung in entschiedenster Weise auftreten, um die englische Regierung davon abzuhalten, alles im Stiche zu lassen. Um diesen ewigen Zwickzacken ein Ende zu machen, kam Lord Rother und untersuchte an Ort und Stelle die Verhältnisse. Es ist aber kein Geheimnis, daß der Hauptzweck der englischen Hilfe in Serbien zurzeit die Abwendung der drohenden Gefahr für Ägypten ist. Nur um dieses Zweckes willen hat England östlich Salonikis eine Landung gemacht. Die Lösung des Saloniki-Rätsels liegt in Englands Hand. Ob Frankreich aber jetzt auf England vertrauen könne, sei noch sehr fraglich.“

Die englischen Diplomatenbeamten leugnen den bloßstellenden Briefwechsel.

W.T.B. London, 7. Jan. (Nichtamtlich.) Dem Reuterschen Bureau zufolge dementiert der Athener Mitarbeiter der „Daily Mail“ den von österreichisch-ungarischer Seite verbreiteten Bericht, wonach bei dem Obersten Rappier, der an Bord des griechischen Dampfers „Speke“ verhaftet wurde, ein Brief des Sekretärs des britischen Gesandten in Athen an den britischen Staatssekretär des Auswärtigen gefunden worden sei, in dem die Errichtung einer griechischen Republik mit Venizelos an der Spitze vorgeschlagen wird. Alle Sekretäre der britischen Gesandtschaft erklärten dem Reuterschen Bureau übereinstimmend, daß sie keinen solchen Brief geschrieben hätten. Der britische Gesandte in Athen, Elliot, teilte ferner dem Mitarbeiter mit, daß er die ihm zugeschriebenen Worte: „Ich habe wenig Sympathie mit den Serben, meine Gefühle sind mehr auf bulgarischer Seite“, nie geschrieben habe.

Ein rumänischer Ministerrat.

Br. Bukarest, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln. L.-U.) Die „Minerva“ meldet: Mittwochs hat in der Wohnung des Ministerpräsidenten Bratianu ein Ministerrat stattgefunden. In erster Linie wurden Fragen der äußeren Politik besprochen. Eine eifrige Erörterung war der allgemeinen Lage auf dem Balkan gewidmet. Auch über die Verhaftung der Konsuln entspann sich eine lebhafte Debatte. Finanzminister Costinescu berichtete über die finanzielle Lage Rumäniens. Er gab zu, daß gegenwärtig eine Finanzkrise vorhanden sei und in vieler Hinsicht Reduktionen des Budgets vorgenommen werden müßten. Auf der anderen Seite betonte er, daß durch den Getreideexport Rumänien neue Einnahmequellen eröffnet worden seien. Im Ministerrat wurden auch die von der Bukowina eingelaufenen Meldungen verlesen. Die Kommandanten der Grenztruppe haben Anweisung erhalten, strengste Wache zu halten und jede Grenzverletzung zu verhindern.

Amerika und der „Persia“-Fall.

W.T.B. New York, 7. Jan. (Nichtamtlich. Durch Funkdruck von dem Vertreter des W. T. B.) Bei der Besprechung des „Persia“-Falles verurteilten die Morgenblätter ausdrücklich die am 6. Jan. in der Zeitung veröffentlichte Erklärung, daß der Präsident und der Staatssekretär Lansing alle möglichen Maßnahmen getroffen haben, um ausführliche Berichte in dieser schwierigen Sache zu erlangen und daß sie verhandeln werden, sobald Aufklärung erlangt sein wird. — „World“ sagt: Angesichts der Krise, so schwer und drohend, wie nur je eine an den Präsidenten seit dem Bürgerkrieg herangetragen ist, steht Wilson alle Hilfsmittel der Regierungsmaschine in Bewegung, um den Wert der Abfertigungen, Betreibungen und Zusicherungen Österreich-Ungarns in Washington festzustellen. — Die Berichte der Abendblätter stellen fest, daß kein überstürztes Verfahren eingeschlagen werden wird. — „Evening Post“ meldet aus Washington: Antike Kreise geben die Berechtigung der Klage zu, daß, so lange die Alliierten Handelschiffe bewaffnen, die Amerikaner dauernd in Gefahr sind und die Regierung in Washington von Verwicklungen bedroht ist.

Zwei beachtenswerte Anträge im Senat.

W.T.B. New York, 7. Jan. (Nichtamtlich. Durch Funkdruck von dem Vertreter des W. T. B.) Die „Evening Post“ berichtet aus Washington: Senator Gore (demokratische Partei) hat zwei Vorschläge zur Verhinderung der Ausgabe von Passen an Amerikaner zur Reise auf Schiffen der Kriegführenden und zur Einschränkung des Passagierverkehrs auf Schiffen mit Kriegsmunition eingebracht. In der sich hieran anschließenden Besprechung trat stark die Tatsache hervor, daß die Senatoren über die Frage von Reisen von Amerikanern auf Schiffen der Kriegführenden nicht einer Meinung sind. — Senator Jones forderte, die Bürger sollten sich aus einfacher Vernunft und Tatgefühl abseits von den Kriegswirren halten. — Senator Wicks meinte, die Regierung selbst habe eine Versäumnis begangen, als sie bei der Abreise der „Lusitania“ und in anderen Fällen die Amerikaner nicht gewarnt hätte, daß sie sich von Schiffen fernhalten möchten, welche kriegsmunitionsführenden Kriegsmunition führten. — Senator Robinson gab zu verstehen, wenn eine solche Warnung gegeben würde, würde sie Zweifel erwecken, ob Amerika noch glaube, daß nach dem Völkerrecht das vorerwähnte Recht überbeweist sei.

Dr. Berlin, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.)

Der Sonderberichterstatter der „Post. Ztg.“ in New York wird seinem Blatt durch Funkdruck über den Verlauf der Sitzung des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika weiter: Ihren Höhepunkt erreichte die Debatte, als Senator Wicks (Kalifornien) in einer leidenschaftlichen Rede erklärte, daß die amerikanischen Bürger eine moralische Verantwortlichkeit für das „Lusitania“-Unglück triffe, da sie den Passagieren auf einem Schiff zu fahren gestatteten, das, wie sie wußten, eine Ladung von Munition führte. Reuter verlangte mit aller Entschiedenheit ein Verbot der Waffenausfuhr, indem er die Neutralität Amerikas als heuchlerisch bezeichnete. Senator Lodge und andere führten aus, daß ein solches Verbot eine unneutrale Haltung wäre, und Amerika tatsächlich zum Verbündeten Deutschlands machen würde. Senator Reed (Missouri) verteidigte die Munitionslieferung, der allein die günstige wirtschaftliche Lage (!) zuzuschreiben sei. Nachdem Senator Stole, Obmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, vergeblich versucht hatte, die Debatte, die für die wachsende Stimmung zugunsten des Waffenausfuhrverbots bezeichnend war, abzuschneiden, meinte er schließlich, diese Debatte lasse auf die Auffassung des Senats betreffs der Fragen schließen, die später zur Entscheidung gelangen werden.

Lansings Stellungnahme.

W.T.B. Köln, 7. Jan. (Nichtamtlich. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Washington vom 6. Januar durch Funkdruck: Staatssekretär Lansing hat am Nachmittag wiederholt erklärt, es gäbe keinen „Persia“-Fall, solange die Staatsbehörden nicht den leisesten Beweis für die Anwendung für Torpedos hätten. Lansing weigerte sich, die Frage ob etwa eine Kanone auf der „Persia“ gewesen sei, zu erörtern, aber die allgemein verbreitete Ansicht nimmt an, daß die Regierung die Amerikaner davor warnen will, auf bewaffneten Schiffen überfahren zu werden.

Überlebende von der „Persia“ in Kairo.

Br. Lugano, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der „Secolo“ meldet aus Kairo: Aus Alexandria kamen 50 überlebende Passagiere, 2 Offiziere, 6 Mechaniker und 90 Mann der Besatzung des torpedierten Dampfers „Persia“ an. Es sind dies die Schiffbrüchigen aus den vier Schuppen, welche der Minenleger „Rallou“ aufnahm. Der Amerikaner Grant erzählt, die Explosion erfolgte 10 Minuten nachdem man sich zu Tisch gesetzt hatte. Sie verursachte verhältnismäßig wenig Lärm. Der Speisesaal füllte sich mit Rauch und Dampf, und von allen Seiten flogen die Glassplitter, und es begann eine panische Flucht. Grant lief auf die Brücke, wo er einen Rettungsgürtel fand, den er sich anlegte. Depechen aus Malta berichten über die Zukunft einer 5. Schuppe mit Passagieren.

König Konstantin über einen bulgarischen Einmarsch.

Br. Wien, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Nachdem König Konstantin erst kürzlich sich über die Beziehungen Griechenlands zu Bulgarien ausgesprochen hat, soll er sich jetzt dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ gegenüber folgendermaßen geäußert haben: Griechenland wird im Falle eines bulgarischen Einmarsches auf griechischen Boden keinerlei Widerstand leisten. Die griechischen Divisionen haben sich in genügend großer Entfernung in der Kriegszone zurückgezogen. Das ganze Territorium steht jetzt zur Verfügung der Entente.

Eine Offensive Bulgariens noch nicht zu erwarten.

Was der „Corriere della Sera“ meldet.

Br. Lugano, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Saloniki unter dem 4. Januar: Die Bulgaren und Deutschen haben bisher nirgends die Grenze überschritten und die Berichte französischer Flieger melden, daß in Mazedonien mit verschwindenden Ausnahmen keine Abteilungen nur bulgarische Truppen vorbanden sind, welche defensive Stellungen einnehmen. Eine Offensive Bulgariens hält man in englisch-französischen Hauptquartieren noch auf lange Zeit für ausgeschlossen, obgleich ihre Verstärkungen gute Fortschritte machen.

Der Krieg der Türken.

Russische Truppen an der türkisch-persischen Grenze zurückgeworfen.

Der Feind bis zur Gegend von Urmia verfolgt.

W. T.-B. Konstantinopel, 7. Jan. (Nichtamtlich.) Nach hier angelangten Meldungen aus türkischer Quelle griffen die Russen in einer Stärke von über 2000 Mann die Ortschaft Schena in Persisch-Mesopotamien an, die von türkischen Truppen und Freiwilligen besetzt war. Die Russen wurden zurückgeworfen und bis in die Umgegend von Urmia verfolgt, wobei sie schwere Verluste erlitten.

Der Krieg gegen England.

Annahme des Wehrpflichtgesetzes im Unterhause in erster Lesung.

Br. Rotterdam, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der Wehrpflichtsentwurf ist im Unterhause mit 403 gegen 105 Stimmen in erster Lesung angenommen worden. Gegen den Gesetzentwurf stimmten 58 irische Nationalisten, 36 Liberale und 12 Abgeordnete der Arbeiterpartei. Zu den Liberalen gehörten die früheren Minister Simon und Burns. Die Arbeiterführer Boverman, Lodge, Barnes, Wilkie, Duncan und Grady stimmten für das Gesetz. Die drei zurückgetretenen Arbeiterminister waren abwesend.

Die englische Arbeiterschaft gegen die Dienstpflicht.

Br. Amsterdam, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der in der Frage der Wehrpflicht abgehaltene Kongress der englischen Arbeiterschaft hat sich gegen die Dienstpflichtvorlage der Regierung ausgesprochen. Daraufhin sind, wie „Reuter“ amtlich aus London meldet, die drei Vertreter in der Regierung, nämlich der Unterrichtsminister Henderson, der parlamentarische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Office, sowie der Lordkommissar des Schatzamtes Robertson, von ihren Ämtern zurückgetreten. Die Sitzung des Arbeiterkongresses verlief, wie „Reuter“ weiter meldet, äußerst lebhaft. Die Reden der Arbeiterführer, die sich meistens in gemäßigtem Tone hielten, wurden wiederholt stürmisch von gegenwärtigen Zwischenrufen unterbrochen. Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als Minister Henderson die Erklärung abgab, daß er sich weigere, gegen die Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Der Arbeiterführer Sexton führte aus, daß er wünsche, daß der Krieg vollständig gewonnen würde, so daß eine Wiederholung desselben ausgeschlossen sei. Deshalb werde er jede Regierung unterstützen in ihrem Bestreben, den Krieg zu Ende zu führen. Henderson, Robertson und Brace erklärten darauf, daß sie zurücktreten würden, wenn ihnen nicht freie Hand gelassen würde. Trotzdem nahm der Kongress mit 1715 000

Stimmen gegen 934 000 Stimmen den Antrag der Eisenbahner an, der dringend auffordert, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen.

Br. Christiania, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Aus London wird berichtet: Im Gegensatz zu dem, was man zu den Meldungen englischer Blätter erwarten sollte, scheint das Zwangsdiensgesetz eine ernste Krise heraufzubewahren. Die Vertreter der Verbände der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter hielten am Mittwochabend eine längere Sitzung ab, worin man überein kam, die Zwangsdiensvorlage bis zum Äußersten mit allen Mitteln, die diesen wichtigsten Arbeiterverbänden Englands zur Verfügung stehen, zu bekämpfen. Schwere Enttäuschungen bereitet in Regierungskreisen die Erklärung Redmonds, daß auch die Irländer das Gesetz bekämpfen werden. Da Irland von dem Gesetz nicht betroffen werden soll, hatte man für sicher gehalten, daß die irischen Nationalisten dafür stimmen würden. Man war über Redmonds Stellungnahme tief bestürzt. Im Rahmen der Arbeiterpartei hat der Sekretär des Bahnarbeiterverbandes, Thomas, im Unterhause den stärksten Widerstand gegen das Gesetz angekündigt. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes William ist ganz sicher, daß der Fachverband für London, der heute Abend tagt, sich auf den gleichen Standpunkt wie der Kongress in Bristol stellt, also den Zwangsdienst in jeder Form verwirft und die Bekämpfung der Vorlage mit allen Mitteln beschließen wird.

Asquiths Drohung.

Br. Kopenhagen, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Wie aus London gemeldet wird, hatte Kolonialminister Bonar Law der Opposition gedroht, Asquith werde zurücktreten, wenn die Wehrpflichtvorlage nicht angenommen werde.

„Der größte Rückschlag gegen das englische Leben.“

W. T.-B. London, 7. Jan. (Nichtamtlich. Drahtbericht.) Reuter meldet: Im Unterhause wurde die Debatte über die Dienstpflichtvorlage vor überfülltem Hause fortgesetzt. Der unabhängige Sozialist O'Brien und der Kämpfer des Herzogtums Manchester traten dafür ein, ebenso die Liberalen Robertson und Gard. Der Liberale Jones kritisierte den Entwurf, versprach aber, die Regierung zu unterstützen. Asquith erklärte, es handle sich um eine ungewöhnliche und wichtige Ehrenfrage. Die Vorlage sei der größte Rückschlag, den man gegen das freimännliche Leben in England führen könne. England habe mehr getan, als seine Freunde, der Feind und als die Nation für möglich gehalten haben.

Ein englisches Unterseeboot gesunken.

W. T.-B. Haag, 7. Jan. (Nichtamtlich.) Wie das Marinebeamtet mittelt, traf das niederländische Kriegsschiff „Noord-Brabant“ gestern auf der Höhe von Zeege nauerhalb der territorialen Gewässer ein britisches Unterseeboot, das Signale gab. Die Besatzung von 32 Mann wurde durch den niederländischen Kreuzer gerettet. Das Unterseeboot ist gesunken.

Die amerikanischen Offiziere dürfen sich an der „Barolong“-Untersuchung nicht beteiligen!

Br. London, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Reuter meldet amtlich aus Washington: Die amerikanische Regierung habe aus Neutralitätsgründen beschlossen, ihren Seeoffizieren keine Erlaubnis zu erteilen, an der von dem englischen Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Untersuchung des „Barolong“-Falles oder dessen Vorbringung vor einem Schiedsgericht teilzunehmen.

Der Krieg gegen Rußland.

Die gefährlichen Stachelbrathinbernisse.

W. T.-B. Petersburg, 7. Jan. (Nichtamtlich. Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Kiew eingetroffenen Meldungen zufolge nahmen die Kämpfe an der rumänischen Grenze und der benachbarten Front rasch an Heftigkeit zu. Der Geschützdonner ist auf eine Entfernung von 50 Werst ringsum zu hören. In den Dörfern dieser Gegend sind alle Fenster beschossen. Die Schläge tönen besonders heftig auf der Front Tarnopol-Trembowla. Verwundete russische Offiziere berichten, daß sich die Folgen dieser Kämpfe schon fühlbar machen. Dieselben Offiziere weisen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, welche die Russen auf dieser Front zu überwinden haben, wo die Stachelbrathinbernisse oft in 24 Reihen ausgebaut und mit starkem elektrischem Strom versehen sind, der von eigens zu diesem Zweck eingerichteten Stationen erzeugt wird.

Ein unmittelbares Herankommen an die Stachelbrathinbernisse ist unmöglich. Infolgedessen haben die russischen Soldaten folgendes Mittel gefunden: Geschütze zielen auf diese Stachelbrathinbernisse mit Schlingen und zielen darauf, bis sie die erste Reihe Stachelbrathin gebrochen haben, dann die zweite, dritte usw.

Das normale Leben in Tschernowit.

Br. Wien, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Die „Grazzer Tagespost“ meldet aus Tschernowit: Die Stadt lebt im Kriegszustand unweit der Front, doch ist sie ganz außer Gefahr. Alle Unterrichtsanstalten sind geöffnet, auch die Universität, an der längst ein Bulgarer zum Doktor der Philosophie promoviert. Sogar die Eröffnung des Stadttheaters wird geplant.

Der Niedergang der deutschen Kolonien in Rußland.

o. st. Petersburg, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Das Sterben der deutschen Kolonien in Rußland nähert sich seinem Ende mit immer rascheren Schritten. „Reuter“ berichtet, daß auf Befehl des Statthalters im Kaukasus, des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, in den hiesigen deutschen Kolonien die Regierungsaufsicht angeordnet und den „Ältesten“, den Schreibern und Polizeiwachtern übertragen worden ist. Diese Personen müssen auf Kosten der Kolonisten erhalten werden. — Durch diese Maßregel ist der Niedergang der blühenden, reichen deutschen Gemeinden im Kaukasus besiegelt. Sie sind nun gewissenlosen Ausbeutern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Aus dem Rosalengebiet (Kowetsherkass) meldet man der „Kowojewskaja“: „Bei der Beratung des Landwirtschaftsrats des Rosalenheeres wurde beschlossen, die der Liquidierung unterliegenden Ländereien der deutschen Kolonisten für Rosalen mit geringem Landbesitz zu erwerben.“ Also auch hier wieder radikale Ausrottung des Deutschtums und zugleich eine Stärkung der „auverlößigsten“ Elemente der russischen Bevölkerung.

Zum Mißerfolg der letzten russischen Kriegsanleihe.

Br. Kopenhagen, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Wie unpopulär die letzte russische Kriegsanleihe ist, beweist die Tatsache, daß sämtliche Moskauer Reichspartys, die größte Privatbank, die Moskauer Kaufmannsbank zusammen nur 18 Millionen Rubel gezeichneten.

Der russische Staatshaushaltsvoranschlag für 1916.

Br. Kopenhagen, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der Haushaltsausschuß der Reichsduma setzte in seiner gestrigen Sitzung die Gesamteinnahmen des Staatshaushalts für 1916 auf 3181 Millionen Rubel an. Zum erstmaligen entfällt der Haushalt keine Einnahmen aus dem Spiritusmonopol, die 1914 940 Millionen Rubel betrugen.

Die amerikanischen Finanzoperationen in Rußland.

Eine allgemeine russische Eisenbahnleihe.

Br. Stockholm, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) „Djen“ berichtet aus Petersburg: Die Großbanken beschloßen, der Kreditbank eine allgemeine Eisenbahnleihe von 200 Millionen Rubel vorzuschlagen. Die Anleihe soll zur Unterstützung der privaten Bahngesellschaften dienen, die durch den Krieg Ausfälle erlitten haben. Der „Birschewskaja Wjedomosti“ gibt Einzelheiten über ein großes amerikanisches Syndikat mit einem Grundkapital von 50 Millionen Dollar, das unter dem Geschäftsnamen „Amerikanische Nationalgesellschaft“ eingetragen ist; deren Seele ist van der Lip, Direktor der großen Nationalbank, die in enger Verbindung mit Morgan steht. Die Nationalbank besitzt auch die Hälfte der Aktien und wird in Petersburg eine Filiale eröffnen. Die Aufgabe des Syndikats ist, den Handel und industrielle Unternehmungen zu finanzieren, die Staatsanleihen auf dem amerikanischen Markt unterzubringen und den Warenverkehr zwischen Amerika und Rußland zu fördern; auch soll der Bergbau in Rußland rationeller betrieben werden.

Die Lage im Westen.

Das französische Luftfahrwesen.

In Erwartung einer Debatte in der Kammer. Br. Genf, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht. Jenz. Bln.) Der als Flugzeugpilot tätige Deputierte Daffont wird die Regierung über die Krisis in der militärischen Luftschiffahrt interpellieren. Vom „Petit Journal“ über die Gründe seiner Interpellation befragt, erklärte Daffont, man dürfe das Volk und die Flieger nicht vermuten lassen, daß die Leitung eines so wichtigen Dienstes Unfähigen anvertraut sei. Wenn Besnard unfähig sei, so müsse man dies

Unterhaltungsteil.

Konzert.

„Es ist genug“ — mit diesem Ausruf aus Mendelssohns „Elias“ wurde gestern im 6. Konzert des „Vereins der Künstler und Kunstfreunde“, mitten in einer Zeit furchtbarer blutigen Völkerringens, die Musiksalon des neuen Jahres wieder aufgenommen. Mit tiefgefühltem, wie von testamentarischer Größe bewegten Ausdruck sang der treffliche Münchener Kammeränger Fritz Proderben jenes „Elias“-Wort, das gewiß den bestimmten ernstesten Nachhall fand in den Herzen der Hörer.

Über Herrn Proderbens Gesangsart herrscht auch in Wiesbaden kein Zweifel mehr. Sein Vortrag — bräutig ausgeglichen im ganzen Umfang von der sanften Tiefe bis zur strahlenden Höhe; sein Vortrag — von stilistischer Adel und warmfühlender Durchdringung. Vielleicht geht der Sänger manchmal etwas weit — in dem Bestreben, jedem Ton, jeder Silbe die möglichste Ausdrucksmacht zuzuwenden: diese verschwenderische Fülle von gefanglichem Kolorit, von Dynamik und Akzentuierung berührt dann leicht etwas abfälliger, auch erscheint die ruhig fließende Phrasierung wohl einmal gefährdet; doch immer wieder weilt Herr Proderben durch die Wärme und die interessante Beleuchtung seines Ausdrucks solche Bedenken zu zerstreuen. In Liedern von Brahms und Schubert feierte seine eigenartige Vortragskunst, von so herrlichen gefanglichen Mitteln unterstützt, die reichsten Triumphe. Ramentlich da, wo es galt, elegische Weistäumele Stimmungsbilder ausprägen, wußte der Künstler seine Auffassung den Hörern förmlich zu suggerieren und erreichte schöne und tiefgehende Wirkungen.

Der Instrumentalist des gestrigen Abends war der hier ebenfalls schon bekannte und geschätzte Cellist Herr Paul

Grümmner (aus Wien). Er spielte mit unserem (auch weiterhin als feinsinniger Klavierbegleiter waltenden) Professor Franz Mannsiedt zusammen die Cellosonate A-Dur Op. 68 von Beethoven, — ein Werk von fast ungetrübter leichter Heiterkeit; jede Leidenschaftlichkeit des Empfindens scheint hier zur Melodie gedämpft; so gleich im ersten „Allegro“. Gar pfeifig und pridelnd ist das in synkopierten Rhythmen auftretende „Scherzo“; nur ein kurzer, trüger Adagio, und das „Finale“ erschließt wieder die frohmütige Stimmungswelt, die das ganze Werk charakterisiert. Die leidenschaftliche Wiedergabe durch die beiden, ihre Kunst so sicher beherrschenden Spieler verleierte die Zuhörer, das sonst so streng innegehaltene Schweigeverbot nach den einzelnen Musikphasen zu brechen; aber der freudige Beifall war gerade hier nur ein ganz berechtigtes, unbefangenes Urteil: nach solchen von reinstem Lebens- und Schaffensfreude erfüllten Allegros ist nicht zu klatschen — ist eigentlich ebenso schlimm als etwa nach tiefgründigen, das innerste Gemüt aufwühlenden Adagios des „letzten Beethoven“ zu klatschen. Also, was den gestrigen Beifall betrifft — man darf ihm ruhig zustimmen.

Herr Paul Grümmner, dessen technische Gewandtheit und elegante Vogenführung mit dem Wohlklang und weichen Schimmer seines Tones gleichen Schritt halten, erwies sich auch weiterhin in kleineren Stücken von Popper und Chopin, und in einer reichlichen Solo-Suite als tüchtiger Kenner und Köhner auf seinem Instrument. Die Suite (C-Dur) zeigt uns doch von einer gemüßlich-lebenswüßigen Seite; es sind echt volkstümliche Themen, die da kunstvoll ausgearbeitet werden; die alten Tanzformen sind bevorzugt; die stolz einhersehende „Sarabande“, die muntere, galante „Bourée“ heben sich besonders angenehm hervor. Die größte Freude an dieser auf intimste Wirkungen berechneten Kammermusik (Rag Neger versucht sich auch gern darin, wie aus der gestrigen Ausgabe ersichtlich), hat wohl der Solist selbst — in seinem

stillen Kammerlein. Seine Freude auch in den glänzenden Konzertsaal zu übertragen und hier für das eigenartige Genre Anteil zu weiden, darin beruht bei der leicht etwas gezwungenen Haltung in Ton und Klang dieser unbedeutenden Solostücke — die Hauptschwierigkeit für den Spieler. Nach dem allseitigen stürmischen Beifall zu urteilen, haben gestern sowohl J. S. Bach wie sein beredter Verführer Herr Paul Grümmner das volle Verständnis bei Künstlern und Kunstfreunden gefunden.

O. D.

Kleine Chronik.

Alte Kunst und Musik. Von dem bekannten Komponisten Walter Niemann (Leipzig) gelangte im Dom des Leipziger Völkerschlagdenkmals eine „Hymne an die Nacht“ (für vierstimmigen gemischten Chor) seitens des Leipziger Domchors zur Aufführung; neuere Klavierkompositionen von W. Niemann wurden von den Virtuosen Celeste Chaz-Gravenvelt und Erika v. Binger in München, Berlin, Bremen usw. zum erstenmal und mit bestem Erfolg zu Gehör gebracht.

Dem Hofkapellmeister Karl Böhlig in Braun-schweig ist vom Herzog von Braunschweig der Titel Generalmusikdirektor verliehen worden. Gleichzeitig wurde er als Oberleiter der Herzoglichen Hofoper lebenslang angestellt. Generalmusikdirektor Böhlig, geboren 1864 in Leipzig, ist Schüler von Franz Liszt. Früher wirkte er als Kapellmeister in Graz, Hamburg, London, an den Hofkapellen in Coburg und Stuttgart. Außer Liedern und Chorwerken usw. komponierte er auch Sinfonien.

Wissenschaft und Technik. Der Großherzog von Baden hat mit Wirkung vom 1. Januar 1916 an den ordentlichen Professor Geh. Justizrat Dr. Georg Anschütz von der Berliner Universität unter Verleihung des Titels Geh. Hofrat zum ordentlichen Professor des öffentlichen Rechts an der Heidelberger Universität ernannt.

wissen und dann müßte er seinen Posten verlassen, wenn aber der Unterstaatssekretär auf der Höhe seiner Aufgabe stehe, so müßte die Aufregung, die die öffentliche Meinung und das Land beunruhige, aufhören.

Der Krieg gegen Italien.

Italien und das Londoner Abkommen.

Der Vertrag gegen schweres Geld verkauft.

Berlin, 7. Jan. (Bers. Bl.) Verschiedene Morgenblätter erfahren aus Zürich, daß im Londoner Abkommen mit Italien auch der Punkt enthalten sei, wonach Italien für seinen Beitritt zu dem Abkommen von England zwei Milliarden Lire erhält.

Italien übernimmt die bisher in Serbien befindlichen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen.

W. T. B. Wien, 7. Jan. (Mittelt.) Das Fürsorgekomitee des österreichischen Roten Kreuzes für Kriegsgefangene erhielt auf Anfrage aus Rom die telegraphische Mitteilung, daß unsere Kriegsgefangenen Offiziere und Soldaten aus Serbien nach Italien verbracht wurden und vorläufig behufs Quarantäne auf der Insel Asinara interniert sind. Die Gefangenen werden sodann nach dem italienischen Festland übergeführt und wie unsere Kriegsgefangenen in Italien behandelt werden. Das italienische Rote Kreuz verspricht die Sendung von Listen dieser Gefangenen sowie die Ermöglichung einer Korrespondenz mit ihnen.

Die Neutralen.

Gegen Wilsons Rüstungsprogramm.

Frankfurt a. M., 7. Jan. (Bers. Bl.) Viele Demokraten erklären, wie der „Frankf. Sta.“ aus New York gemeldet wird, sich gegen Wilsons Rüstungsprogramm. Unter ihnen befindet sich auch der Leiter der demokratischen Partei im Senat, Kern. — Man glaubt allerseits, daß die Differenzen mit Österreich-Ungarn zu keinem Bruch der diplomatischen Beziehungen führen werden, besonders deshalb nicht, weil der Kongreß augenblicklich mehr denn je gegen einen solchen wäre.

Huerta im Sterben?

Rotterdam, 7. Jan. (Bers. Bl.) Laut Meldung des „Pariser Herald“ aus El Paso liegt der frühere Präsident von Mexiko, General Huerta, im Sterben. Er hat in eine dritte Operation eingewilligt. Sein Zustand gilt als hoffnungslos.

„Parteisplaltung?“

Die Frage, ob es in der Sozialdemokratie zu einer Parteisplaltung kommen wird, wird jetzt begreiflicherweise vielfach erörtert. Die Zustände in der Partei sind ja freilich derartig, daß eine solche Frage sehr nahe liegt. Es wäre aber doch vorschnell, wenn man aus der jetzigen heftigen und sich vermutlich noch ausweitenden Krise mit unbedingter Sicherheit das Auseinanderfallen der sozialdemokratischen Partei herauslesen wollte. Richtungskämpfe hat es in der Sozialdemokratie schon seit langen Jahren gegeben, und es sind jetzt unmerklich Kräfte am Werk, um auch die jetzige schwere Lage für die Partei so auszugleichen, als ob durch sachliche Auseinandersetzungen, durch Märgen und Aufklärungen das Zusammenbleiben der verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei doch noch ermöglicht werden könnte.

Ernst ist allerdings die Situation. Das gibt auch der „Vorwärts“ unumwunden in einem Artikel zu, den er selbst mit der Überschrift „Parteisplaltung“ verleiht. Dieser Aufsatz ist im allgemeinen auf den Ton abgestimmt, daß persönliche Angriffe und die gegenseitigen Vorwürfe, man wolle die Partei zerlegen, unterbleiben möchten; der Ton des Artikels ist etwas elegisch gehalten, und der Verfasser bemüht sich offenbar, einiges Öl in die aufgeregten Wogen zu gießen. Aber er muß doch zugeben, daß es schlimm um die Partei steht.

So sagt er, daß die Partei um den Kampf um die Festlegung ihrer politischen Richtlinien nicht herum kommen werde, und dieser Kampf werde sich durch Jahre hindurchziehen. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die geschichtliche Entwicklung der Finken der Partei recht geben wird; und es wird von der „Erdbeberung“ der ganzen Auffassung der Partei und von der „tiefen Zerrissenheit und Gegenläufigkeit ihrer führenden Kreise“ gesprochen. Es muß in der Tat recht weit gekommen sein in der Sozialdemokratie, wenn solche Zustände in dem ja wohl immer noch „offiziellen“ Blatt der Partei gemacht werden.

Dafür spricht auch die Tatsache der außerordentlichen persönlichen Bitterkeit, mit der sich die Parteigenossen in Erklärungen und Zeitungsartikeln bedecken. Wir wollen hier gar nicht sprechen von dem sozialdemokratischen Flugblatt, aus dem die „Chemnitzer Volksstimme“ zur Beachtung für den „Vorwärts“ einige Stellen mitteilt, in denen der Abgeordnete David, Scheidemann und Schöpplin, weil sie eine Informationsreise nach Belgien und Nordfrankreich mitgemacht und dabei natürlich mit ihren militärischen Begleitern auch zusammen gekostet hätten, entgegengerufen wird: „Mit denn kein Arbeiter in Deutschland, der diesen Lumpen ins Gesicht weist? Hat man keine Grundgesetze, um solche Verräter zu allen Teufeln zu jagen?“ Solche Ausfälle richten sich durch ihre Ungezogenheit von selbst und können auch nicht als charakteristisches Anzeichen gelten, weil sie eben nicht ernst zu nehmen sind. Aber anders ist der Artikel zu beurteilen, den Abgeordneter Gasse am Mittwoch im „Vorwärts“ gegen Abgeordnete Seine veröffentlichte. Hier liest man von „böartigen persönlichen Angriffen“, von „stillschweigender Verachtung“ von „niedriger Verdächtigung“, von „Niederungen der Redewerksamkeit“, welchen Kraftworten gegenüber die Seine ausbitterte „große Unkenntnis und Verstandlosigkeit“ und sein „bodenständiges Abstreichen und Verdächtigen“ noch als milde Rodaverwundungen zu bezeichnen sind. Es ist jedenfalls, sagen wir, unüblich, daß angelegene Parteiführer sich öffentlich in der Kon-

art befassen, wie es hier zwischen Seine und Gasse der Fall gewesen ist. Aber wir wollen nicht verkennen, daß die Schärfe dieser Ausdrucksweise nichts anderes ist als die Widerspiegelung der tiefen sachlichen Gegensätze, die in der Sozialdemokratie herrschen und die der Krieg zum klaren Ausdruck gebracht hat. In der Sozialdemokratie ist auch bei früheren Gelegenheiten ein — freilich von Ton üblich gewesen, ohne daß dies dazu ausgereicht hätte, eine Spaltung der Partei herbeizuführen.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie ist in heutigen Freitag zusammengetreten; seine Verhandlungen, die sich natürlich mit derhaltung der Finanztag befaßt werden, dürften bemerkenswerte weitere Anhaltspunkte für die zukünftige Entwicklung der Partei bringen.

Zum bevorstehenden Zusammentreten des Preussischen Landtags.

Br. Berlin, 7. Jan. (Sig. Tagblatt. Bers. Bl.) Eine Korrespondenz meldet: Der preussische Landtag wird sicherem Vernehmen nach Donnerstag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr, durch eine Thronrede eröffnet werden. Allerdings ist die Königl. Verordnung zur Einberufung noch nicht veröffentlicht, aber man darf wohl annehmen, daß die Veröffentlichung in diesen Tagen erfolgt. Nach der Vertagung muß der Landtag mindestens bis Mitte Januar einberufen sein. Im Anschluß an die gemeinschaftliche Eröffnungssitzung wird das Abgeordnetenhaus eine geschäftliche Sitzung abhalten, in welcher der Finanzminister den Etat und etwaige sonstige Regierungsvorlagen einbringen wird. Der Freitag soll für die Beratung der Fraktionen frei bleiben. Samstag soll dann unmittelbar an die Konstituierung des Hauses die erste Lesung des Etats sich anschließen. Voraussichtlich wird die erste Lesung nur diesen einen Tag in Anspruch nehmen, so daß die Budgetkommission bereits mit Beginn der nächsten Woche ihre Arbeiten aufnehmen kann.

Der neue Balkanzug und Süddeutschland.

Br. Stuttgart, 7. Jan. (Sig. Tagblatt. Bers. Bl.) Für den neuen Balkanzug, der von Berlin und München Mitte Januar abgehen wird, hat sich auch in Süddeutschland großes Interesse gezeigt. Wie die „Württembergische Post-Zeitung“ meldet, besteht Grund zu der Annahme, daß hier die Eisenbahnverwaltungen alsbald auch die notwendigen Schritte getan haben, um einen Anschluß Süddeutschlands an die Balkanzüge herzustellen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Prinz Max von Baden ist in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

* Eine Kunstausstellung für Kriegswohlfahrt ist kürzlich von einer freien Vereinigung der Kriegsfürsorge-Organisationen einiger Großstädte ins Leben gerufen worden. Sachkundige Mitarbeiter der Organisationen treten in regelmäßigen Erfahrungsaustausch zusammen und nehmen entsprechende Veröffentlichungen vor. Die Kunstausstellung befindet sich Berlin W., Rosendorfschloß 29/30.

* Der Berliner Oberbürgermeister über Friedenswerke und Kriegstraßen. Berlin, 7. Jan. In der gestrigen ersten Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung im neuen Jahr führte Oberbürgermeister Wermuth aus: Die Eingänge dieser heiligen Sonne der Gegenwart, hat im letzten Jahr Früchte von außerordentlicher Schwere reifen lassen. Aber das ist nicht diesem Jahr allein zu danken. Generationen kluger Männer haben die Berliner Selbstverwaltung tief und fest begründet. Jetzt zeigt sich, daß das Gebäude auch den stärksten Anproll erträgt. Die Werke des Friedens konnten durch den Krieg nicht unterbrochen werden. Fast lautlos vollzog sich am 1. Oktober 1915 die größte Umwandlung, die die Krone der Stadt zu verzeichnen hat, der Übergang der Elektrizitätswerke in die Verwaltung Berlins, ein Wandel, der der Bürgerlichkeit Ruhm verspricht. Unsere Bauten steigen ohne große Hindernisse weiter in die Höhe und in die Tiefe. Der neue Hafen bei den Schwersten Bauabschnitt übertrahend kann überwinden der Rindentunnel bald seinem Ende, die Nord-Süd-Bahn schreitet munter vorwärts. An großen Schulkäuten sind während der Zeit des Krieges 12 entstanden. Die Krankenpflege hat eine höchst umfassende Friedensfähigkeit entfaltet. Die Kriegspflicht hat ganz Groß-Berlin mit dem Geist völliger Einmütigkeit durchdrungen. Ohne jeden Zwang haben sich bei jeder Kriegsfrage die Gemeinden des weiteren städtischen Wirtschaftslebens zusammengeschlossen und Aufgaben erfüllt, deren jede einzelne für sich allein gewiß nicht hätte überwinden können. In der Freiheit liegt nicht nur die sicherste Gewähr für die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Einordnung in das Gesamtwohl. — Der Stadtverordneten-Vorstand erteilte dann eine sehr entscheidende Absage an den Zweigverband Groß-Berlin. Das unglückselige Gesetz habe nicht erfüllt, was die Gesetzgeber erwarteten. Es sei eine Mißgeburt, für Berlin ein Leiden geworden. — Die Stadtverordneten-Versammlung wählte den bisherigen Stadtverordneten-Vorstand Rieckert (freie Fraktion) mit 118 von 122 abgegebenen Stimmen — 4 Stimmgewalt waren ungültig — zum ersten Stadtverordneten-Vorstand. Zum Stellvertreter wurde Geheimrat Justizrat Cappel (alte Linke) mit 109 von 122 abgegebenen Stimmen gewählt, 12 Stimmgewalt waren unbeschrieben. Eine Stimme erhielt der Stadtverordnete Hugo Heimann (Soz.). Bei der Wahl zum zweiten Stadtverordneten-Vorstand Stellvertreter wurden für Hugo Heimann 104 Stimmgewalt abgegeben, 15 waren unbeschrieben, 8 Stimmen gesplittet. Die Gewählten erklärten sich bereit, die Wahl anzunehmen.

* Verurteilungen zur Teilnahme an den Sitzungen des preussischen Landtags. Die beiden Häuser des preussischen Landtags treten am 13. Januar 1916 zu einer erneuten Tagung in Berlin zusammen. Mitglieder des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, die dem Heer angehören, sind nach einer Verfügung des Kriegsministeriums — so weit sie nach Lage und Dienst abkömmlich — zur Teilnahme an den Sitzungen zu beurlauben.

* Eine deutsch-spanische Vereinigung wurde unter dem Ehrenvorsitz des Fürsten Karl von Urach in Stuttgart begründet. Die Vereinigung erstrebt unter Ausschaltung aller politischen und religiösen Gesichtspunkte eine kulturelle und wirtschaftliche Annäherung zwischen den Völkern deutscher und spanischer Sprache.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Aussichten der Volksernährung für das Jahr 1916.

Das deutsche Volk muß auch für das neue Jahr in erster Linie die häuslichen Pflichten der Einschränkung und volkswirtschaftlichen Sparsamkeit befolgen. Auch im neuen Jahr muß mit Knappheit in Lebensmitteln gerechnet werden, der nur durch größte Sparsamkeit begegnet werden kann. Es gilt daher noch wie vor, innerhalb der Familie den Kampf gegen alle Gewohnheiten, gegen verzehrte und festgewurzelte Gebräuche zu führen. Es muß mit all den Hemmungen, die die privatswirtschaftliche Gewohnheit unserem wirtschaftlichen Durchhalten bietet, aufgeräumt werden.

Der wirtschaftliche Kampf unserer Feinde muß ein geistiges und zum Widerstand bereites Volk finden. Dieser Widerstand ist durch die Behörden organisiert, und der Wochlaut dieser organisatorischen Bestimmungen sei Haus- und Pflichtgesetz für jedermann. Niemand versuche diese Bestimmungen zu umgehen oder erachte sie für sich als nicht bindend oder glaube, daß er, seinen Einnahmen entsprechend, nach alter Gewohnheit zu leben berechtigt sei. Den behördlichen Maßnahmen darf nicht mit gleichgültigem Unverständnis begegnet werden, sondern es muß ihnen ein verständiges Entgegenkommen, sie zu befolgen und einzuhalten, bereitet werden. Und über diese Bestimmungen hinaus muß ein jeder von dem Geist, nationale Aufgaben zu erfüllen, durchdrungen sein.

Den Produzenten, Landwirten und Händlern liegt in erster Linie ob, sich in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen. Vergrößerung und Steigerung der Produktion in Nahrungsmitteln sei ihre nächste Aufgabe. Alle Vorbereitungen müssen hierfür schon jetzt getroffen werden, um in der Zeit der Ausbeute nicht durch Arbeiten beeinträchtigt zu sein, die früher hätten erledigt werden können. Es gilt für die Produzenten, die Erzeugung weiter zu steigern, um auch im kommenden Jahr jeder Möglichkeit gegenüber gerüstet zu sein.

Außerordentlich wichtige und große volkswirtschaftliche Aufgaben fallen dem Handwerk und dem Handel im Nahrungsmittel zu. In den Fleischereien und Bäckereien herrsche daher ein Stillsitzen jenes Geistes der durch Organisation eine gleichmäßige Verteilung und ein Durchkommen zu erzielen erstrebt und den Minderbemittelten und Armen den Bezug ausreichender Nahrungsmittelmengen verschaffen hilft. Auch hier muß das privatswirtschaftliche Interesse zurücktreten gegenüber der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, durchzukommen. Auch hier muß der Wille liegen, sich im allgemeinen vaterländischen Interesse in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Handwerk und Handel stehen hier vor einem großen Feld dankbarer Betätigung.

Der Verbraucher richte sich nach gesetzlichen Maßnahmen. Die fett- und fleischlosen Tage seien Hausgesetz. Der Hausfrau sollen die größeren Aufgaben auf diesem Gebiet zu, sie versuche auf alle mögliche Weise, Küche und Tisch den Anordnungen einzufügen, die die Verhältnisse und aufrichtigen. Das Ziel jeder Hausfrau muß sein, an Nahrungsmittelmengen zu sparen und die vorhandenen Nahrungsmittel für den Verbrauch voll auszunutzen. Sie muß dafür sorgen, daß jede unnütze und übermäßige Verwendung von Nahrungsmitteln unterbleibt, daß auch die geringsten Reste Verwendung finden, und daß täglich Nahrungsmittel für die Allgemeinheit erspart werden.

Da, wo es möglich ist, bemühe sich der Hausherr, die Familie in ihrer freien Zeit für eine Eigenproduktion zu gewinnen, die den eigenen Haushalt unterstützt und im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Kleintierzucht von Ziegen, Schafen, Hühnern und Kaninchen gehört hierzu ebenso wie die Züchtung eines Streifen Landes für den Gemüsebau.

Das sind die Ziele, nach denen dieses Jahr einzurichten sein wird. Werden sie befolgt, so wird es möglich sein, ohne besondere Schwierigkeiten durchzukommen.

Eine Mahnung der Behörde.

Herr Polizeipräsident v. Schend ersucht und am Sonntag die folgenden behördlichen Mahnung: Bei der von einiger Zeit erfolgten oberleitlichen Festlegung zweier fleischloser Wochentage für Gastwirtschaften usw. ist gleichzeitig an alle privaten Haushaltungen die Aufforderung ergangen, sich gleichfalls freiwillig zur Einhaltung der beiden fleischlosen Tage in der Woche zu entschließen. Leider hat festgestellt werden müssen, daß diese Aufforderung noch nicht überall die nötige Beachtung findet. Selbst in den Kreisen der Bevölkerung, bei denen ein starkes Pflichtgefühl mit Recht vorausgesetzt werden darf, werden die beiden fleisch- und fettlosen Tage noch nicht immer eingehalten. Es liegt deshalb ernste Veranlassung vor, der gesamten Bevölkerung gegenüber nochmals darauf hinzuweisen, daß es als ihre Ehrenpflicht bezeichnet werden muß, die fleisch- und fettlosen Tage zur Schonung unseres Viehbestandes und zur Streckung unserer Vorräte auch in den privaten Haushaltungen peinlich zu beachten.

— Kriegsauszeichnungen. Der Bädermeister Joseph Gehling aus Hochheim a. M. und der Veterinär Dr. Karl Rahn aus Viehbach wurden mit der Deutschen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. — Dem Führer der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Wiesbaden, Kolonnenführer-Stellvertreter Vogt, wurde die Rote-Kreuzmedaille 3. Klasse verliehen.

— Arbeitsamt. Bei der Vermittlungsstelle standen im Monat Dezember in der Abteilung für Frauen 400 Arbeitsgesuche 428 Angeboten von Stellen gegenüber, von denen 317 befreit wurden. Für die gemeinnützige Betriebswerkstätte für Heereslieferungen meldeten sich 85 neue Arbeitsuchende; 46 konnten im Lauf des Monats eingestellt werden. Der Abteilung für das Gastwirts-gewerbe waren 421 Arbeitsgesuche, darunter 149 von weiblichen, zugegangen, denen 446 offene Stellen, darunter 123 für weibliche, gegenüberstanden. 409 Stellen, darunter 122 durch weibliche, wurden befreit. In der Abteilung für Männer lagen 286 Arbeitsgesuche vor, 567 Stellen waren gemeldet und 519 wurden befreit. Der Rest der offenen Stellen wurde durch Zuweisung von Kriegsgefangenen erledigt. Bei der Fachabteilung für das Metzger-, Radfahrer- und Fleischhand-

Zu halben Preisen

Statt 60/30 Mk. Statt 40/20 Mk. Statt 20/10 Mk. Statt 10/5 Mk. Statt 6/2.50 Mk.

haben wir grosse Posten **Herren- u. Knaben-Kleidung** in unserem Schaufenster zum Verkauf ausgelegt.

Flotssitzende Kleidung für junge Herren.

Gebrüder Dörner, Mauritiusstrasse 4.

Werktags bis 8 Uhr abends, Sonntags bis 1 Uhr mittags geöffnet.

**Nassauische
Landesbank**



**Nassauische
Sparkasse**

Wiesbaden, Rheinstrasse 42/44.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 600. Tel. 833 u. 893.
28 Filialen (Landesbankstellen) und 171 Sammelstellen im Regierungsbez. Wiesbaden.

Ausgabe von Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank.

Annahme von Spareinlagen.

Annahme von Gelddepositen.

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten.

Annahme von Wertpapieren zur Verwahrung und Verwaltung (offene Depots).

An- und Verkauf von Wertpapieren, Inkasso von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine (für Kontoinhaber).

Darlehen gegen Hypotheken mit und ohne Amortisation.

Darlehen an Gemeinden und öffentliche Verbände.

Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren (Lombard-Darlehen).

Darlehen gegen Bürgschaft (Vorschüsse).

Uebnahme von Kauf- und Gütersteigergeldern.

Kredite in laufender Rechnung.

Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Nassauische Lebensversicherungsanstalt

— Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts —

Grosse Lebensversicherung

(Versicherungen über Summen von Mk. 2000 an aufwärts mit ärztlicher Untersuchung).

Kleine Lebens-Volks-Versicherung

(Versicherung über Summen bis zu Mk. 2000 einschl. ohne ärztliche Untersuchung, wie Sterbegeld-, Altersversorgungs-, Militärdienstkosten-, Aussteuer- und Kinderversicherung). F359

Hypothekentilgungs-Versicherung. — Rentenversicherung.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Für Zahnleidende!

— Künstliche Zähne von 3 Mk. an. —

(Gebiss-Umarbeitungen und Reparaturen von Zahnersatzstücken zu ermäßigten Preisen. Kunstvolle Plombierung von 2 Mk. an. Goldkronen, gaumenloser Zahnersatz etc. Billigste Preise.)

Ecke Moritzstr. **Zahn-Atelier Oscar Emmelhainz.** Rheinstraße 46.
(Sprechstunden vorm. 9—12, nachm. 2—7 Uhr.)

Kakao

garantiert rein,
äusserst ergiebig,
daher sehr billig,
höchst nahrhaft
und vor allem leicht verdaulich
empfiehlt 1451

Reinhard Göttel

Telefon 189. Michelsberg 23, Ecke Schwalbacherstr.

Zillis Sanitäts-Heidelbeerwein

vielfach prämiert, mit Glas 80 Pfg., vorzüglich für Blutarme. Scherer's Export-Apfelwein, sowie alle sonstigen Frucht- und Beerenweine in bekannter vorzüglicher Güte. Groß- u. Kleinverkauf bei Joh. n. Zilli, Schiersteinerstr. 11, Tel. 4942.



Eierfohlen



sehr billig, per Zentner Mk. 1.75 frei Haus.
Holz- und Kohlen-Handlung

Jacob Schwibinger, Wiesbaden,

Göbenstraße 14. — Telefon 3946.



Königl. Preussische Klassen-Lotterie.



Zur 1. Klasse der am 11. Januar beginnenden 7. (233.) Lotterie sind **Kauflose** in allen Abschnitten zu haben in den Königl. Lotterie-Einnahmen von:
v. Tschudi, Schuster, Glücklich, v. Brancani,
Adelheidstraße 17. Rheinstraße 50. Wilhelmstraße 56. Wilhelmstraße 18.

Kohlen, Koks, Eisformbriketts, Unionbriketts,

Braun- u. Anthracitfohlen, Brennholz u. Sägemehl
liefert

M. Gail Wwe. Wiesbaden

Bestellbüro: Wiesbaden, Schwalb. Str. 2. — Tel. Nr. 84.

Extra billiger Schuhverkauf!

Ga. 200 Paar

**schöne moderne Damenstiefel
und Halbschuhe**

(mit und ohne Lackappe) zum Ausfuchen zu dem jetzigen

sehr billigen **875** **850**
Preis von **11.**

Für ältere Damen
mit flachem Absatz **950**

Bockels Schuhhaus,

33 Westrichstraße 33,

Lieferant des Konsum-Vereins für Wiesbaden und Umgebung.

Husten

Menental hilft schnell
bei Husten, Heiserkeit, Asthma.
Nachahmungen weise zurück.
Niederlage: **Schützenhof-
Apothek.** Langgasse 11.



Ruhr-Bred-Koks



Korngrößen 1, 2 und 3
für Zentralheizungen empfiehlt

Kohlen-Kontor Friedrich Zander,
Adelheidstraße 44. — Fernspr. 1048.

22

Risin-Salbe

vorzüglich bewährt gegen
Schnupfen
Tube 0,65 und 1,25 Mk
als Liebesgabe sehr
zu empfehlen.
enth. Menthol, Eucalyptol, Anästhesin,
Suprarenin in steriler Salbengrundlage.

Kurhaus-Veranstaltungen

am Samstag, den 8. Januar.

Vormittags 11 Uhr: Konzert
der Kapelle Paul Freudenberg in der
Kochbrunnen-Trinkhalle.

1. Choral: „Herr, wie du willst.“
2. Ouvertüre zur Oper „Figaros Hochzeit“ von Mozart.
3. Mein Traum, Walzer

4. Preislied aus der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Wagner.
5. Offenbachiana, Potpourri von Konradi.

6. Vom Fels zum Meer, Marsch von Jessel.
- Abonnements-Konzerte.

Städtisches Kurorchester.

Leitung: Städt. Kurkapellm. Jrmr.

Nachmittags 4 Uhr:

1. Ins Feld, Marsch von L. Stasny.
2. Ouvertüre zur Operette „Die Amazone“ von F. v. Blon.
3. Ghazi, türkisches Charakterstück von L. Siede.

4. Ein Albumblatt von R. Wagner.
5. Marienklänge, Walzer von Jos. Strauß.

6. Ouvertüre zur Oper „Lestocq“ von D. F. Auber.
7. Fantasie aus der Oper „Der Waffenschmied“ von A. Lortzing.

8. Marsch a. d. Operette „Boccaccio“ von F. v. Suppé.
- Abends 8 Uhr

1. Ouvertüre zur Oper „Fidelio“ von L. v. Beethoven.
2. Ballettmusik zu Calderons „Ueber allen Zaubern Liebe“ von E. Lassen.

3. Gebet aus der Oper „Rienzi“ von R. Wagner.
4. Fantasie aus der Oper „Der Trompeter von Sakkingen“ von V. Nessler.

5. Flirtation von A. Steck.
6. Vorspiel zu „Odysseus“ von M. Bruch.

7. VI. ungarische Rhapsodie von F. Liszt.

Trauer-Drucksachen

in vornehmer Ausstattung
fertigt innerhalb weniger Stunden
die

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei

„Tagblatt-Haus“, Langgasse 21

— Fernsprecher 6650/53 —

Konfore geöffnet werktäglich von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere gute, unvergeßliche, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Marie Haas Wwe.

Donnerstag morgen nach längeren Leiden plötzlich und unerwartet verchieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Haas u. Frau, z. St. im Felde
Wilhelm Michel u. Frau, geb. Haas
Karl Bremser u. Frau, geb. Haas, z. St. i. Felde
Fritz Staud u. Frau, geb. Haas, z. St. i. Felde
nebst 3 Enkel.

Wiesbaden (Westrichstraße 29), den 7. Januar 1916.

Die Beerdigung findet Samstag, nachmittags 3 1/2 Uhr vom Südfriedhof aus statt.

Heute nacht verschied infolge eines Herzschlags meine innigstgeliebte Frau, die treusorgende Mutter meiner Kinder, unsere gute Tochter und Schwester

Frau Julie Wagener
geb. Dür.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Carl Wilh. Wagener u. Kinder,
Oleischstraße 13.

Beerdigung: Montag nachmittag 3 Uhr vom Südfriedhof.